

Gemeinderat bleibt beim Normalstrom

Keine Diskussion über Eingabe der SPD

Mit der Strombündelausschreibung durch die KUBUS GmbH hat die Gemeinde Auerbach bisher gute Erfahrungen gemacht. Mit der Ausschreibung für die Jahre 2020 bis 2022 greift die Gemeinde nun bereits zum dritten Mal auf die Dienste des darauf spezialisierten Unternehmens zurück.

Rund 245.000 Kilowattstunden Strom verbraucht die Gemeinde jährlich für ihre leistungsgemessene Anlagen, Heizungsanlagen sowie für die Straßenbeleuchtung. Wie bisher soll dafür in diesen drei Speziallosen ausgeschrieben werden. Die Gemeinde erhofft sich dadurch günstigere Strompreise. Alternativ wäre auch die Ausschreibung in einem Standardlos möglich um auszuschließen, dass verschiedene Anbieter zum Zuge kommen. Für die Verwaltung sei dies aber kein Problem, wie Geschäftsleiter Robert Alfery mitteilte. Mit zwei Gegenstimmen entschied sich der Gemeinderat für die Ausschreibung von Normalstrom. Zur Alternative standen hundert Prozent Ökostrom ohne bzw. mit Neuanlagenquote. Je nach Ausschreibungsergebnis wäre Ökostrom ohne Neuanlagenquote bis zu 0,3 Cent und mit Neuanlagenquote bis zu einem Cent pro Kilowattstunde teurer.

Unverändert ließ der Gemeinderat die Steuerhebesätze für 2018 bei 350 v.H. für Grundsteuer A, 320 v.H. für Grundsteuer B und 330 v.H. für die Gewerbesteuer. Der Landesdurchschnitt für Gemeinden zwischen 2.000 und 3.000 Einwohner liegt bei 352,3 v.H., 340,3 v.H. und 325,7 v.H.

Mit dem weiteren Breitbandausbau 2018 erreicht die Gemeinde bis auf wenige Lücken 30 MBit/s für das gesamte Gemeindegebiet. Für noch unterversorgte Weiler bietet sich das Höfebonus-Programm des Freistaates an. Bürgermeister Gerhard Strasser will sich nichts vorwerfen lassen. Er schlug die Durchführung einer Ist-Analyse vor. Dadurch würde man adressbezogen den aktuellen Stand der Breitbandversorgung in der Gemeinde erhalten. Dann könne man sehen, in welchem Umfang noch Bedarf ist und ob das Höfebonus-Programm greife. Der Gemeinderat beauftragte die Firma IKT aus Regensburg mit der Durchführung der Ist-Analyse.

Zur Beschaffung eines gebrauchten LKW-Wechseladlers für rund 30.000 Euro hat die Ortsvereinigung der Helfer und Förderer des THW Deggendorf Zuschussanträge an alle Kommunen des Landkreises gestellt. Der Kreisverband des Bayerischen Gemeindetages hat sich in einer Empfehlung für eine Spende in Höhe von 0,10 Euro pro Einwohner ausgesprochen. Diesem Vorschlag folgte der Gemeinderat einstimmig. Zustimmung fand auch das Baugesuch von Max Spann aus Loh zum Einbau von Wohnräumen im Obergeschoss.

2. Bürgermeister und OCV-Vorsitzender Andreas Hackl stellte den Haushalt 2018 für den Kindergarten St. Margaretha vor. Den Ausgaben in Höhe von 452.563,97 Euro stehen Einnahmen von 459.449,64 Euro gegenüber, was zu Mehreinnahmen von 6.885,67 Euro führt. „86 Kinder besuchen derzeit Kindergarten und Krippe. Bis Ostern werden es bis zu 94 Kinder sein“, prognostizierte Hackl. Im Kindergarten sind derzeit 15 Personen beschäftigt.

Mit einer Eingabe des SPD-Ortsverbandes wollte deren Vorsitzender Michael Baumgartner eine Diskussion anstoßen, bei der Kommunalwahl 2020 auf die Verdoppelung der Bewerberzahl durch die Wahlvorschlagsträger zu verzichten. Er begründete seinen Vorstoß, dass bei 84 Bewerbern auf drei Listen 70 Kandidaten außen vor blieben. Er bat daher die Parteivorstände, über den Verzicht auf die Verdoppelung der Bewerberzahl in ihren Gremien zu beraten. Im Gemeinderat wollte darüber niemand so richtig debattieren. Bürgermeister Strasser und 2. Bürgermeister Hackl machten deutlich, dass diese Diskussion außerhalb des Gemeinderates stattfinden müsse.